

Podium

Eine Auswahl aus dem Veranstaltungsprogramm



Lohnpolitik nach der Krise

Der Zusammenhang von Löhnen und Beschäftigung stand im Mittelpunkt des siebten Workshops zur Arbeitsmarktpolitik, den das IAB am 21. und 22. Oktober 2010 mit dem Institut für Wirtschaftsforschung in Halle (IWH) veranstaltete.

Neun ausgewählte Vorträge befassten sich mit Aspekten der Lohnfindung und verschiedenen Wirkungskanälen von Löhnen. Einen besonderen Schwerpunkt bildete dabei das Thema „Nominallohnrigiditäten“.

Im eingeladenen Hauptreferat gab Prof. Thomas Beißinger von der Universität Hohenheim einen Überblick über den aktuellen Stand der Forschung. Zu seinen wichtigsten Befunden zählte die Erkenntnis, dass in fast allen Ländern Europas ein großer Anteil der Nominallöhne nach unten starr ist. Direkte Lohnkürzungen, wie unternehmensseitig beispielsweise aufgrund von Umsatzrückgängen gewünscht, kommen also relativ selten vor. Die makroökonomischen Konsequenzen der Abwärtsnominallohnstarrheit schätzte Beißinger

dennoch als gering ein. Vor allem neuere Studien deuteten darauf hin, dass Unternehmen vorausschauend agierten und bei Lohnerhöhungen mögliche spätere Lohnsenkungsbedürfnisse bereits berücksichtigten.

Die Bedeutung der Wirtschaftskrise für die Lohnentwicklung spielte in dem Workshop keine größere Rolle. Offenbar sind die jüngsten gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen noch nicht umfassend auf diesem Gebiet der Arbeitsmarktforschung angekommen.

Perspectives on (Un-)Employment

Zum dritten Mal veranstalteten die Kollegiaten und Stipendiaten des gemeinsamen Graduiertenprogramms (GradAB) des IAB und des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Universität Erlangen-Nürnberg einen internationalen und interdisziplinären Doktorandenworkshop.

Die Veranstaltung, die vom 18. bis 19. November 2010 in Nürnberg stattfand, umfasste sowohl ökonomische als auch soziologisch motivierte Forschungsarbeiten aus dem Bereich Arbeitsmarkt. Schwerpunkte lagen zum Beispiel auf der Arbeitsmarktpolitik, der Arbeitsmarktmobilität, der Bildung und den Qualifikationen.

Der Workshop gab jungen Forschern aus Deutschland, Estland, Großbritannien, den Nie-

derlanden und Italien die Möglichkeit, ihre Ergebnisse in einer konstruktiven Atmosphäre zu präsentieren und zu diskutieren. Aus dem IAB trugen Manfred Antoni und Michael Stops vor.

Die Interdisziplinarität der Veranstaltung spiegelten auch die Keynote Speaker wider. Als Ökonom hatten die Organisatoren Prof. Peter Dolton von der University of London gewonnen. Er sprach in seinem Vortrag über die Evaluation



Junge Forscher und erfahrene Wissenschaftler kamen beim internationalen Doktorandenworkshop des GradAB in Nürnberg zusammen.

von Mindestlöhnen und gab einen aktuellen Überblick über neue Identifikationsstrategien

und Ergebnisse. Als Soziologin war Prof. Heike Solga von der Freien Universität Berlin zu Gast.

Sie referierte über Länderunterschiede bei den Arbeitsmarktchancen von Geringqualifizierten.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

<http://www.iab.de/de/veranstaltungen/konferenzen-und-workshops-2010/graduateschool.aspx>

Ist die Arbeitslosenversicherung noch zeitgemäß? Tendenzen der Absicherung bei Arbeitslosigkeit in Europa

Der Arbeitsmarkt der Vergangenheit war durch relativ stabile Erwerbskarrieren für die Mehrheit der Erwerbsbevölkerung charakterisiert. Arbeitslosigkeit war ein vorübergehender Zustand in konjunkturell schlechten Zeiten, der durch die Arbeitslosenversicherung sozial abgesichert war. Die post-industriellen Arbeitsmärkte sind jedoch durch zunehmende Risiken geprägt.



IAB-Vizedirektor Dr. Ulrich Walwei nahm aktuelle Reformvorschläge zur Arbeitslosenversicherung in den Blick.

Instabile Erwerbsverläufe, atypische Beschäftigungsformen oder die Zunahme von Langzeitarbeitslosigkeit führen in allen europäischen Ländern zu grundlegenden Veränderungen im System der sozialen Absicherung bei Arbeitslosigkeit. Traditionelle Sicherungs-



BA-Vorstand Raimund Becker sprach über die Weiterentwicklung der Arbeitslosen- zu einer Erwerbstätigenversicherung.

systeme wie die Arbeitslosenversicherung verlieren dabei an Bedeutung. Mit der Frage „Ist die Arbeitslosenversicherung noch zeitgemäß?“ beschäftigten sich die Teilnehmer des Workshops, den das IAB am 29. und 30. November 2010 in Kooperation mit dem Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW) der Universität Bremen und dem Europäischen Exzellenznetzwerk RECOWE veranstaltete.

Das Einführungsreferat von Prof. Jochen Clasen (Universität Edinburgh) hielt Regina Konle-Seidl (IAB) stellvertretend für den Wissenschaftler, der wetterbedingt nicht anreisen konnte. Clasen zeigt darin wesentliche Veränderungsprozesse in den Sicherungssystemen europäischer Länder seit Anfang der 1990er

Jahre auf. Weitere Beiträge beschäftigten sich unter anderem mit der Vereinheitlichung von Leistungssystemen und Aktivierung sowie mit Veränderungen von Beschäftigungsverhältnissen und familialen Beschäftigungsmustern. Die Konsequenzen dieser Veränderungsprozesse für die sozialen Sicherungssysteme wurden mit Akteuren aus Politik und Praxis diskutiert.

Im Abschlusspanel erörterte IAB-Vizedirektor Dr. Ulrich Walwei aktuelle Reformvorschläge für die Arbeitslosenversicherung aus Sicht der Arbeitsmarktforschung. Raimund Becker, Vorstand Arbeitslosenversicherung der Bundesagentur für Arbeit (BA), zeigte die Möglichkeiten und Grenzen einer Weiterentwicklung der Arbeitslosen- zu einer Erwerbstätigenversicherung aus Sicht der BA auf.



Organisatorin und Moderatorin: IAB-Forscherin Regina Konle-Seidl.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

<http://www.iab.de/de/veranstaltungen/konferenzen-und-workshops-2010/recwowe2010.aspx>

4. Workshop der Panelsurveys in Deutschland

Seit einigen Jahren kommen Vertreter der größeren Panelstudien in Deutschland regelmäßig zusammen, um Erfahrungen auszutauschen und über gemeinsame Herausforderungen zu diskutieren. Im Januar dieses Jahres fand das Treffen erstmalig im IAB statt. Gastgeber war das Panel „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ (PASS).

Außer Mitarbeitern des PASS nahmen Vertreter des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), des Nationalen Bildungspanels (NEPS), des Familienpanels (Pairfam), des Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE) und des Generations and Gender Survey (GGS) an dem Workshop teil. Zudem stellten Vertreter der erstmals teilnehmenden Studien „TREE – Transitionen von der Erstausbildung ins Erwerbsleben“ und „lida – leben in der Arbeit“ das Design ihrer Studien vor.

Im Zentrum des Workshops standen methodische Aspekte der Verknüpfung von

Befragungsdaten mit anderen Datenquellen. Die Verknüpfung von Surveydaten mit weiteren Datenquellen gewinnt in der Sozialforschung zunehmend an Bedeutung. Sie birgt zwei zentrale Vorteile: Zum einen kann das Analysepotenzial einer Studie vergrößert werden, da durch das Zusammenspielen zweier Datenquellen alle Informationen, die für einen der beiden Datensätze erhoben wurden, gemeinsam genutzt werden können. Damit gehen, neben dem Informationsgewinn, auch geringere Kosten für die Erhebung einher. Zum anderen bieten sich durch die Verknüpfung unterschiedlicher Datenquellen neue Möglichkeiten für die methodische Begleitforschung. Insbesondere lassen sich neue Erkenntnisse zu Panelausfällen und Nonresponse, also der Nichtteilnahme an Befragungen, aber auch zu Messfehlern gewinnen.

Für das IAB ist dieses Thema von besonderem Interesse, da hier neben einer Vielzahl von Surveys auch administrative Datensätze für die Arbeitsmarktforschung produziert werden.

Prinzipiell werden zwei unterschiedliche Herangehensweisen der Verknüpfung unterschieden, die beide im Rahmen des Workshops diskutiert wurden: das „Statistical Matching“ und das „Record Linkage“. Beim „Statistical Matching“ werden die Informationen einer Person aus einem Datensatz mit der eines statistischen Zwillings aus einem anderen Datensatz verknüpft. Beim „Record Linkage“ werden Informationen derselben Untersuchungseinheiten aus unterschiedlichen Quellen miteinander verknüpft. Aus Gründen des Datenschutzes ist hierzu allerdings stets das Einverständnis der betroffenen Personen erforderlich.

Abschließend diskutierten die Vertreter der Panelstudien verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten und -bedarfe für Paneldaten-Informationssysteme.

Das nächste Treffen der Panelstudien wird voraussichtlich im Sommer dieses Jahres am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) stattfinden.



Vertreter der größeren Panelstudien in Deutschland trafen sich zum Erfahrungsaustausch am IAB.

Increasing Labor Market Flexibility – Boon or Bane?

Leiharbeit, Arbeitszeitkonten, befristete Arbeitsverträge – nicht nur in Deutschland ist der Arbeitsmarkt anpassungsfähiger an konjunkturelle Schwankungen geworden. Führt diese Flexibilisierung zu mehr Chancen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber oder überwiegen die Risiken? Über diese Frage diskutierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland am 18. und 19. März 2011 auf Einladung des IAB in dem Workshop „Increasing Labor Market Flexibility – Boon or Bane?“.

Der Einsatz flexibler Arbeitszeiten und die starke Nutzung von Kurzarbeit waren wichtige Faktoren, warum deutsche Betriebe im Jahr 2009 vergleichsweise gut durch die Wirtschaftskrise gekommen sind. Auf diese Weise wurden rechnerisch rund 1,2 Millionen Jobs gesichert. In den USA gingen im Gegensatz dazu 8,4 Millionen Arbeitsplätze verloren. Susan N. Houseman, Ph.D., vom W.E. Upjohn Institute for Employment Research in Michigan argumentierte in ihrer Eröffnungs-Keynote, dass ein Großteil dieser Arbeitsplätze hätte gerettet werden können, wenn Kurzarbeit auch in den USA flächendeckend genutzt worden wäre. Deutschland könnte somit, wie schon in den 1970er und 1980er Jahren, wieder zum Vorbild für die US-amerikanische Arbeitsmarktpolitik werden.

Spanien hätte sich vor der Krise wiederum besser die Regelungen zum Kün-



Die Licht- und Schattenseiten von Niedriglohnjobs zeigte Alexander Mosthaf vom IAB auf.

digungsschutz in Frankreich zum Vorbild machen sollen, sagte Prof. Juan Dolado von der Universität Carlos III in Madrid in seiner Keynote. Die Arbeitslosenquote wäre dann seinen Berechnungen zufolge nur etwa halb so stark gestiegen. Der Ländervergleich macht die Bedeutung von Regelungen zu Befristungen und Kündigung vor allem in wirtschaftlichen Krisen deutlich. Bei einem ähnlichem institutionellen Arrangement am Arbeitsmarkt und der gleichen Arbeitslosenquote von acht Prozent im Jahr 2008, standen beide Länder Ende des Jahres 2009 völlig unterschiedlich da: Während die Arbeitslosenquote in Frankreich lediglich um zwei Prozentpunkte gestiegen war, lag die Quote in Spanien bei 19 Prozent. Laut Juan Dolado ist dieses Ergebnis vor allem eine Folge der weniger restriktiven Handhabung von befristeten Verträgen und der größeren Entlassungskosten von regulär Beschäftigten in Spanien.

Die Forschungsergebnisse der 48 Vortragenden aus zehn Ländern untermauerten, dass sich über die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes kein einfaches Urteil fällen lässt. Was für die einen ein Segen ist, kann für die anderen ein Fluch sein. Ein Beispiel dafür ist die Aufnahme eines Niedriglohnjobs. So zeigte etwa Alexander Mosthaf vom IAB, dass Hochschulabsolventen, die einen Job im Niedriglohnsektor aufnehmen, längerfristige Lohnnachteile hinnehmen müssen. Für Gering-qualifizierte hingegen kann ein Niedriglohnjob ein Weg aus der Arbeitslosigkeit sein.



„Wenn Kurzarbeit in den USA flächendeckend genutzt worden wäre, hätten viele Arbeitsplätze in der Wirtschaftskrise gerettet werden können“, sagte Susan N. Houseman vom W.E. Upjohn Institute for Employment Research.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

<http://www.iab.de/de/veranstaltungen/konferenzen-und-workshops-2011/flex2011.aspx>

4. FDZ-Nutzerkonferenz

Zum vierten Mal lud das Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Bundesagentur für Arbeit im IAB zur Nutzerkonferenz ein. Über 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nutzten die Tagung am 8. und 9. April 2011, um sich über Analysepotenziale und Datenqualität auszutauschen.



Prof. Regina Riphahn von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg stellte fest, dass die Einkommensmobilität in Deutschland abgenommen hat.

Die insgesamt 27 wissenschaftlichen Vorträge deckten ein breites inhaltliches Spektrum ab. So stellte beispielsweise Prof. Bernd Fitzenberger (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg) seine Arbeit zu dem Thema „Polarization and Rising Wage Inequality: Comparing the U.S. and Germany“ vor. Zwischen 1979 und 2004 hat die Einkommensungleichheit sowohl in den USA als auch in Deutschland zugenommen. Hierfür sind in den USA Polarisierungseffekte, in Deutschland dagegen Kohorteneffekte verantwortlich.

Prof. Regina Riphahn (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg) trug zu „Wage mobility in East and West Germany“

vor. Sie stellte fest, dass die Einkommensmobilität in Deutschland insgesamt über die Zeit hinweg abgenommen hat. Die Einkommensmobilität wird hierbei überwiegend von Arbeitsplatzwechseln und der Entwicklung der Arbeitsplätze bestimmt und nicht so sehr von sozio-demografischen Charakteristika der Beschäftigten.

Dr. Ralf Wilke (University of Nottingham) führte in seinem Vortrag „What do we know about what we are using? Pros & Cons of the IAB administrative individual data“ alles Wissenswerte zur Datenqualität der administrativen IAB-Daten zusammen. Auch das IAB war mit Beiträgen von Manfred Antoni, Prof. Lutz Bellmann, Stefan Bender, Dr. Jörg Drechsler, Alexander Mosthaf und Dr. Mark Trappmann vertreten.

Im wissenschaftlichen Auswahlkomitee waren Prof. Thomas K. Bauer (Ruhr-Universität Bochum / Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsinstitut), Prof. Miriam Beblo (Hoch-



Über Einkommensungleichheit sprach Prof. Bernd Fitzenberger von der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg in seinem Einführungsreferat.



Dr. Ralf Wilke von der University of Nottingham gab einen Überblick zur Datenqualität der administrativen IAB-Daten.

schule für Wirtschaft und Recht Berlin), Stefan Bender, Prof. Bernd Fitzenberger, Prof. Regina T. Riphahn, Johannes F. Schmieder, Ph.D. (Universität Boston), Till Marco von Wachter, Ph.D. (Universität Columbia), Dr. Ralf Wilke und Prof. Elke Wolf (Hochschule für Angewandte Wissenschaften München).

Um die Kontinuität des Austauschs zwischen Nutzern und Datenproduzenten zu wahren, wird die Nutzerkonferenz auch in Zukunft alle zwei Jahre ausgerichtet.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

http://fdz.iab.de/en/FDZ_Events/NUKO2011.aspx

Braucht Deutschland mehr Zuwanderung?

Deutschland schrumpft und altert – mit langfristig gravierenden Folgen: Ohne Zuwanderung wird das sogenannte Erwerbspersonenpotenzial, also die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte, bis zum Jahr 2050 von derzeit 45 Millionen auf unter 30 Millionen sinken. Über die Frage, ob Deutschland künftig mehr Zuwanderung benötigt, diskutierten bei den „Nürnberger Gesprächen“ am 23. Mai 2011 Experten aus Wissenschaft und Praxis und das Publikum im Historischen Rathausaal.

Deutschland hatte in den letzten Jahren unter dem Strich keine nennenswerte Nettozuwanderung zu verzeichnen. Das machte IAB-Vizedirektor Dr. Ulrich Walwei in seinem Einführungsvortrag deutlich: Der Wanderungsüberschuss lag im vergangenen Jahr bei 115.000 Personen – wesentlich weniger als im Durchschnitt der 1990er Jahre. In den Jahren 2008 und 2009 war der Saldo sogar negativ. Offen ist, ob mit der seit dem 1. Mai 2011 geltenden vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit für die acht mittel- und osteuropäischen Staaten, die im Jahr 2004 der EU beigetreten sind, ein neuer Zuwanderungsschub zu erwarten ist.

Walwei betonte die vielfältigen Chancen, die für ein rohstoffarmes Land wie Deutschland aus der Zuwanderung erwachsen, warnte allerdings vor der Illusion, dass man gleichsam auf Knopfdruck qualifizierte Zuwanderer im gewünschten Umfang für sich gewinnen könne.

Prinzipiell waren sich die Diskutanten darin einig, dass Deutschland qualifizierte Zuwanderer braucht. Andernfalls, so IAB-Migrationsforscher Prof. Herbert Brücker, sei mit einer massiven Mehrbelastung des Faktors Ar-



„Die begehrten Zuwanderer werden nicht auf Knopfdruck kommen“, sagte IAB-Vizedirektor Dr. Ulrich Walwei in seinem Einführungsvortrag.

beit zu rechnen. Zugleich warnte Brücker vor der Vorstellung, dass sich mit dem demografischen Wandel das Problem der Arbeitslosigkeit quasi von selbst löst. Denn mit einer abnehmenden Bevölkerung schrumpft auch der volkswirtschaftliche Kapitalstock. Durch eine jährliche Nettozuwanderung von 200.000 Personen könne das Erwerbspersonenpotenzial im Jahr 2050 bei 36 Millionen stabilisiert werden – immerhin eine Halbierung des ansonsten zu erwartenden Rückgangs. Die Osterweiterung der EU und die damit verbundene Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus Mittel- und Osteuropa, die möglichst rasch auch für Rumänien und Bulgarien gelten solle, sei daher ein Glücksfall für Deutschland.

Auch für Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, steht außer Frage, dass der Fachkräftebedarf der Unternehmen ohne Zuwanderung nicht gesichert werden kann. Bereits in vier Jahren, so Brossardt, fehlen allein im Freistaat 520.000 qualifizierte Arbeitskräfte. Der Fachkräftemangel sei ein Investitionshindernis ersten Ranges. Für Heinrich Alt, Mitglied im Vorstand der Bundesagentur für Ar-

beit, ist Zuwanderung ebenfalls eine wichtige Stellschraube, um den wachsenden Fachkräftebedarf der Wirtschaft zu decken. Allerdings dürften darüber die immer noch rund drei Millionen Arbeitslosen in Deutschland nicht aus dem Blick geraten. Zusätzliche Qualifizierungsmaßnahmen im Inland seien ebenso wichtig wie der Zuzug qualifizierter Menschen aus dem Ausland, sagte Alt.

Die CSU-Bundestagsabgeordnete Dagmar Wöhl betonte, dass Deutschland vor allem qualifizierte, integrationswillige und integrationsfähige Zuwanderer brauche. Es dürfe nicht wie in der Vergangenheit zu einer Einwanderung in die Sozialsysteme kommen, die der Bevölkerung nicht zu vermitteln sei. Die kritischen Nachfragen von Moderator Gerhard Schröder vom Deutschlandradio machten allerdings deutlich, dass die Position Wöhls innerhalb der CSU bislang nicht mehrheitsfähig scheint. Denn die Christsozialen insgesamt lehnen eine weitere Zuwanderung bislang kategorisch ab – was bei Brossardt auf absolutes Unverständnis stieß.

Unterschiedlicher Meinung waren die Diskutanten in der Frage, ob es neben einer Willkommenskultur auch eines neuen Zuwanderungsrechts bedürfe, um Deutschland für qualifizierte Migranten attraktiver zu machen. Tatsächlich scheint noch manches im Argen zu liegen. So wies Alt darauf hin, dass von den 27.000 ausländischen Absolventen an deutschen Universitäten nur ein Viertel im Land bleibt. Wöhl hält die bestehenden Instrumente für ausreichend. Sie verwies darauf, dass man bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse vorankomme, räumte aber ein, dass sich dieses Vorhaben in der Umsetzung als außerordentlich kompliziert erweise.

Anders als Wöhl hält Brücker das bestehende Zuwanderungsrecht für völlig unzureichend. Er plädierte dafür, die Einkommensgrenze, ab der hochqualifizierte Ausländer ohne Vorrangprüfung in Deutschland arbeiten dürfen, von derzeit 66.000 auf 40.000 Euro zu senken. Diese Personen sollten eine befristete Aufenthaltsgenehmigung erhalten, die später entfristet werden könne. Zudem sprach sich Brücker für ein modifiziertes kanadisches Zuwanderungsmodell aus, bei dem allgemeine Qualifikationen der Bewerber mit den Anforderungen der Unternehmen kombi-

niiert werden. Der Staat wisse nicht besser als die Märkte, wo Bedarf bestehe. Eine Grobsteuerung sei daher sinnvoller als eine Feinsteuerung. Auch Alt und Brossardt plädierten für eine Lockerung des restriktiven deutschen Zuwanderungsrechts.

Nürnbergers Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly monierte in der anschließenden Diskussion mit dem Publikum die Verengung der Thematik auf die Hochqualifizierten: „Wer putzt, wer kehrt, wer erntet den Spargel?“, fragte er in die Runde. Brücker plädierte in diesem Zusammenhang für einen Zuwan-

derungsmix, der weniger Qualifizierte einschließt, auch wenn der Bedarf nach höher Qualifizierten größere Priorität habe.

Die „Nürnberger Gespräche“ werden vom IAB, der Bundesagentur für Arbeit und der Stadt Nürnberg zweimal jährlich ausgerichtet und stehen allen Interessierten offen.



„Deutschland braucht qualifizierte Zuwanderer“, darüber waren sich die Diskutanten auf dem Podium einig (v.l.n.r.): IAB-Migrationsforscher Prof. Herbert Brücker, Dagmar G. Wöhl, CSU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Moderator Gerhard Schröder vom Deutschlandradio, BA-Vorstand Heinrich Alt und Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

http://www.iab.de/de/veranstaltungen/events-2011/ng1_2011.aspx

Wissenschaft trifft Praxis: Fachkräftebedarf und Zuwanderung

Die Zahl der Erwerbspersonen wird nach allen Prognosen infolge des demografischen Wandels künftig deutlich zurückgehen. Zugleich berichten schon heute viele Unternehmen, dass sie einen Teil ihrer offenen Stellen nicht besetzen können. Vor diesem Hintergrund diskutierten rund 140 Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Praxis auf der Tagung „Fachkräftebedarf und Zuwanderung“ in Nürnberg, ob und in welchem Umfang die Zuwanderung von Fachkräften dazu beitragen kann, den Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials zu begrenzen und Lücken bei der Besetzung offener Stellen zu schließen.

Dem Fachkräftemangel kann nur mit einer Doppelstrategie entgegengetreten werden, sagte Raimund Becker. Die Chancen der Zuwanderung sollten genutzt, allerdings auch weitere Erwerbspotenziale im Inland aktiviert werden, erklärte das Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit (BA) zum Auftakt der Konferenz. Sie fand am 31. Mai und 1. Juni 2011 im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Wissenschaft trifft Praxis“ statt, die das IAB einmal jährlich gemeinsam mit der BA ausrichtet.

Deutschland könne im gegenwärtigen Aufschwung, aber vor allem langfristig erheblich von qualifizierter Zuwanderung profitieren, sagte IAB-Direktor Prof. Joachim Möller. Trotz der Steigerung der Frauenerwerbsquote, einer höheren Erwerbspartizipation von Älteren und der Erhöhung des Rentenalters werde das Erwerbspotenzial bis zum Jahr 2030 um 7,7 Millionen Personen sinken. Zur „Therapie des Mangels“ gehöre deshalb eine gesteuerte

Zuwanderung, so Möller. Die Wissenschaft könne die Politik bei der richtigen Weichenstellung unterstützen. So soll mit dem „IAB-Fachkräftemonitor“ ein dauerhaftes, regelmäßiges und differenziertes Monitoring der gesamtwirtschaftlichen Arbeitskräftenachfrage aufgebaut werden. Die Forschung widmet sich zudem verstärkt der Frage, welche Fähigkeiten künftig benötigt und welche Tätigkeiten vielleicht verschwinden werden.

Gerd Hoofe, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), unterstrich, dass es Aufgabe der Politik sei, für die Rahmenbedingungen zur Sicherung des Fachkräfteangebots zu sorgen. So hat die Bundesregierung ein Fachkräftekonzept erarbeitet. Danach soll die Zahl der jungen Menschen ohne Berufsabschluss bis zum Jahr 2015 halbiert werden. Um die Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen zu verbessern, hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf beschlossen, der ein transparentes und zügiges Anerkennungsverfahren vorsieht. Ebenso

gibt es bei ausländischen Berufsabschlüssen Überlegungen, die Nachqualifizierungsmöglichkeiten zu erweitern. Fehlanreize wie die Frührente müssten aufgehoben werden, sagte Hoofe. Er kündigte an, dass das bestehende System zu Zuwanderung und Integration in einzelnen Punkten noch vor der Sommerpause geändert werde.

Das Erwerbspersonenpotenzial (EPP) hat zum Ende der Dekade seinen historischen Höhepunkt erreicht. Somit kann der gegenwärtige Fachkräftemangel nicht auf die demografische Entwicklung zurückgeführt werden. Bis zum Jahr 2025 allerdings würde das EPP bei konstanter Erwerbsbeteiligung und ohne Verlängerung der Lebensarbeitszeit um 15 Prozent (6,5 Millionen Personen) und bis 2050 um 40 Prozent (17,7 Millionen Personen) zurückgehen. Um die Verteilungslasten des demografischen Wandels deutlich zu begrenzen, insbesondere bei den Sozialversicherungssystemen und öffentlichen Haushalten, ist Migration laut IAB-Forscher Prof. Herbert Brücker der stärkste Hebel. Mit



BA-Vorstand Raimund Becker (links) und IAB-Direktor Prof. Joachim Möller im Gespräch.

Handlungsoptionen wie der Einführung eines Punktesystems, der Einführung einer „Blue-Card“, mit der hochqualifizierten Angehörige von Drittstaaten der Aufenthalt in allen Ländern der Europäischen Union ermöglicht wird, oder einem Monitoring der Einwanderungspolitik soll eine nachhaltige Entwicklung eines qualifizierten Erwerbspersonenpotenzials durch Zuwanderung erreicht und die Qualifikationsstruktur der Immigranten verbessert werden.

Herbert Brücker moderierte auch die international besetzte Podiumsdiskussion. Teilnehmer waren Peter M. Boehm, kanadischer Botschafter in Deutschland, Prof. Christian Dustmann vom University College London, Vladimir Spidla, ehemaliger tschechischer Ministerpräsident und EU-Kommissar, Tomasz Kalinowski, Leiter der Wirtschaftsabteilung der Polnischen Botschaft in Deutschland, und Kenan Kolat, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland. Im Mittelpunkt stand vor allem die Frage, inwieweit der Bedarf an Fachkräften durch eine gesteuerte Zuwanderung gedeckt werden kann.

Kanada habe gute Erfahrungen mit seinem Punktesystem gemacht, obschon es bei kurzfristigen Engpässen auf dem Arbeitsmarkt nicht flexibel genug sei, sagte Peter



„Vom Rotstift bei der aktiven Arbeitsförderung kann keine Rede sein“ betonte Staatssekretär Gerd Hoofe.

Boehm. Tomasz Kalinowski beleuchtete das Thema „Zuwanderung“ aus Sicht des (potenziellen) Entsendelandes Polen. Untersuchungen zeigten, dass Deutschland und Belgien für auswanderungswillige Polen interessante Zielländer sein können, sofern man die dort erzielbaren Bruttoeinkommen betrachtet. Lege man hingegen die Nettoeinkommen zu Grunde, erschienen die britischen Inseln, die Schweiz oder die Niederlande interessanter. Christian Dustmann betonte, dass gut gesteuerte Zuwanderung beachtliche Wohlfahrtspotenziale berge.

Bei der Umsetzung entsprechender Strategien identifizierten die Podiumsgäste ver-



Für IAB-Forscher Prof. Herbert Brücker ist „Migration der stärkste Hebel, um die Verteilungslasten des demografischen Wandels zu begrenzen.“

schiedene Lösungsansätze. Hierzu zählt die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse. Kanada hat eine eigens hierfür zuständige nationale Behörde eingerichtet. Kenan Kolat forderte auch ein Recht auf Weiterqualifizierung, so dass an die vorhandene Qualifikation angeknüpft werden könne. Er kritisierte die restriktive Ausgestaltung der deutschen Zuwanderungspolitik und die fehlende Willkommenskultur. Vladimir Spidla betonte, dass es immer um die Zuwanderung von Menschen gehe, nicht nur von Arbeitskräften. Die soziale Kompetenz von Zuwanderern sei wichtiger als ihre formale Qualifikation.

In dem von Dr. Stephan Brunow (IAB) moderierten Workshop „Fachkräftebedarf und demografischer Wandel“ zeigte Dr. Johann Fuchs (IAB), wie sich das Erwerbspotenzial in den kommenden Jahrzehnten voraussichtlich entwickeln wird. Fuchs' Fazit: „Wir werden erst älter, dann weniger.“ Zudem schrumpft der Anteil der Arbeitskräfte mit mittlerer Qualifikation, da sich viele Personen aus dieser Gruppe dem Rentenalter nähern. IAB-Forscher Dr. Gerd Zika machte deutlich, dass es im Jahr 2025 unter Berücksichtigung beruflicher Flexibilität am ehesten zu Engpässen in den Gesundheits- und Sozialberufen



Kenan Kolat, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, forderte ein Recht auf Weiterqualifizierung.



Tomasz Kalinowski, Leiter der Wirtschaftsabteilung der Polnischen Botschaft in Deutschland, verglich die Attraktivität verschiedener Zielländer.

sowie im Gastronomie- und Reinigungsge-
werbe kommen wird. Laut Dr. Alexander
Kubis vom IAB gibt es Indizien für einen
sich abzeichnenden Fachkräftengpass, aller-
dings mit erheblichen regionalen Unterschie-
den und eher in kleinen Unternehmen als in
Großbetrieben.

Karsten Bunk von der Zentrale der BA
zeigte, dass die Hindernisse für den Ausgleich



von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt
vielfältig und nur bedingt beeinflussbar sind.
Nicht jede offene Stelle sei Ausdruck einer
Mangelsituation. Gleichzeitig ist laut Bunk
zu erwarten, dass dem artikulierten Bedarf
der Arbeitgeber mittel- und langfristig kein
adäquates Bewerberpotenzial gegenüber steht.

Christine Bruchmann, geschäftsführen-
de Gesellschafterin der FÜRST Gruppe, eines
multinationalen Unternehmens mit 4800 Be-
schäftigten und Stammsitz in Nürnberg, schil-
derte, wie ihr Unternehmen das Problem des
Fachkräftemangels angeht. Es setzt nicht nur
auf Zuwanderung, sondern betreibt eine ge-
zielte Personalpolitik, um gerade ältere und
weibliche Beschäftigte an das Unternehmen
zu binden. Anne Brühl-Morris von der Diako-
nie Neuendettelsau zeigte Strategien auf, um
im Medizin- und Pflegesektor bei zunehmen-

dem Fachkräftemangel qualifizierte Mitarbei-
ter finden und an sich binden zu können. Im
Sinne einer ganzheitlich strategieorientierten
Personalentwicklung sei die Orientierung am
Lebenszyklus eines Mitarbeiters entschei-
dend, etwa über ein integriertes Gesund-
heitsmanagement, sagte Brühl-Morris.

In dem von Dr. Udo Brixy (IAB) mode-
rierten zweiten Workshop „Wirkungen der
Zuwanderung auf Arbeitsmarkt und Sozial-
staat“ stellte Dr. Timo Baas vom IAB die ge-
samtwirtschaftlichen Effekte der Migration
aus den acht mittel- und osteuropäischen
Staaten (NMS-8) dar, die im Jahr 2004 der
Europäischen Union beitraten. Damit stieg
der Anteil Großbritanniens und Irlands, deren
Arbeitsmärkte bereits damals für Arbeitneh-
mer der Beitrittsländer geöffnet wurden, an
der Migration aus den NMS-8 auf 70 Prozent;
Deutschland wurde als wichtigstes Zielland
abgelöst. Da die aktuelle Arbeitsmarktsitua-
tion in den Zielländern entscheidende Bedeu-



tung für Umfang und Zusammensetzung der
Migrationsströme hat, dürfte Deutschlands
Attraktivität jedoch gewachsen sein, so Baas.

Dr. Holger Bonin vom Zentrum für Eu-
ropäische Wirtschaftsforschung in Mannheim
ging auf die fiskalischen Wirkungen der Zu-

wanderung ein und machte deutlich, dass
sie im Wesentlichen darin bestehen, dass die
Lasten der alternden Bevölkerung auf mehr
Köpfe verteilt werden. Dr. Florian Lehmer



(IAB) thematisierte die Integration von Zu-
wanderern in den deutschen Arbeitsmarkt
in Abhängigkeit von deren Herkunftsland.
Es falle auf, dass die „neuen“ Migranten
aus Osteuropa nur für relative kurze Zeit im
Zielland bleiben und unter ihnen wesent-
lich mehr Frauen sind. Die Verweildauer sei
jedoch nur begrenzt aussagekräftig. In der
empirischen Forschung würden stattdessen
insbesondere die Lohnabstände zwischen
Zuwanderern und Deutschen gemessen, die
sich beständig verringerten, sagte Lehmer.

Aus der Sicht von Dr. Werner Scherer,
Leiter des Bereichs Arbeitsmarkt- und So-
zialpolitik bei der Vereinigung der hessischen
Unternehmerverbände, sind die Hürden für
die Zuwanderung insbesondere hochqualifi-
zierter Fachkräfte immer noch zu hoch. Ein
weiteres zentrales Problem liege in der erheb-
lichen Sprachbarriere. Daher wäre eine ge-
zielte Ansprache insbesondere ausländischer
Hochschulabsolventen zu begrüßen. Nach
Birgit Pitsch von der Gewerkschaft Nahrung-
Genuss-Gaststätten sind von der Zuwande-



Ergebnisse aus den Workshops wurden in der Podiumsveranstaltung zusammengetragen und diskutiert (v.l.n.r.): Moderator Philip Faigle von ZEIT ONLINE, Andreas Harnack von der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Peter Clever von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Elisabeth Neifer-Porsch, vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Christian Rauch von der Bundesagentur für Arbeit und IAB-Vizedirektor Dr. Ulrich Walwei.

rung aus den neuen Mitgliedsstaaten Sicht insbesondere die Segmente einfacher und prekärer Beschäftigung sowie die Leiharbeit betroffen. Es sei zu befürchten, dass Leiharbeitsfirmen durch Verlagerung ins Ausland den deutschen Arbeitsmarkt mit „Niedriglöhnern“ versorgen und vor allem reguläre Beschäftigung verdrängen.

IAB-Forscherin Anette Haas machte in dem von Herbert Brücker moderierten Workshop „Brain Drain, Brain Gain, Brain Waste“ deutlich, dass nicht nur die Qualifikationen, sondern auch die tatsächlich ausgeübten Berufe und Tätigkeiten von Zuwanderern relevant sind. Viele Migranten arbeiten in Berufen, die nicht ihrer schulischen und beruflichen Ausbildung entsprechen. Zudem sind sie selbst

bei vergleichbarer beruflicher Qualifikation tendenziell in anderen beruflichen Segmenten tätig als Deutsche. So sind ausländische Beschäftigte in technischen Berufen eher unterrepräsentiert, in allgemeinen Dienstleistungsberufen hingegen stark vertreten.

Dr. Pawel Kaczmarczyk von der Universität Warschau wies darauf hin, dass Polen in den letzten Jahren geradezu eine Bildungsexplosion erlebt habe. Deshalb besteht dort ein Überschuss an jungen Akademikern. Demgegenüber ist der Bedarf an Geringqualifizierten in Polen relativ groß. Dr. Rüdiger Wapler vom IAB zeigte, dass sich die Qualifikationsstruktur der Zuwanderer deutlich verbessert hat: Der Anteil der Akademiker stieg im Vergleich der Jahre 2000 und 2007 von rund 19 auf über

40 Prozent. Allerdings lassen sich inländische Abschlüsse deutlich besser verwerten als ausländische. Auch bei gleichen inländischen Abschlüssen werden Unterschiede sichtbar.

Ursula Poller von der Industrie- und Handelskammer Nürnberg für Mittelfranken führte aus, wie die ab April 2012 gesetzlich vorgesehene formale Anerkennung von ausländischen beruflichen Bildungsabschlüssen in der Praxis umgesetzt werden soll. Primär gehe es darum, die formale Qualifikation von Migranten in geeigneter Weise zu zertifizieren, sagte Poller.

In der abschließenden Podiumsveranstaltung, die der Journalist Philip Faigle von „ZEIT ONLINE“ moderierte, wurden die Ergebnisse aus den Workshops zusammen-

getragen und diskutiert. Teilnehmer waren Andreas Harnack, Leiter der Abteilung Bauwirtschaft der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Peter Clever, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Elisabeth Neifer-Porsch, Ministerialdirektorin im BMAS, Christian Rauch, Geschäftsführer der Abteilung „Produktentwicklung Arbeitslosenversicherung“ der BA, und IAB-Vizedirektor Dr. Ulrich Walwei.

Peter Clever betonte, die Unternehmen würden den Fachkräftemangel mit jährlichen Investitionen von über 50 Milliarden Euro in

Aus- und Weiterbildung bekämpfen. Für die Akzeptanz von Zuwanderung sei die Qualifizierung des heimischen Potenzials von großer Bedeutung. Hier hätten die Arbeitgeber in der Vergangenheit Fehler gemacht. Beides müsse jetzt angegangen werden. Andreas Harnack wies darauf hin, dass Fachkräftesicherung auch mit der Attraktivität von Berufen und Wirtschaftszweigen zu tun habe. Zudem müssten die Arbeitgeber gelegentlich ihre Ansprüche herunterschrauben.

Elisabeth Neifer-Porsch verwies darauf, dass es das Potenzial der 6,3 Millionen Frauen zu nutzen gelte, die bislang nicht am Er-

werbsleben teilnehmen. Sie sieht die Gefahr, dass vereinzelt Lohndumping das gesamte Thema „Zuwanderung“ diskreditieren könne. Allerdings böten branchenbezogene gegenüber gesetzlichen Mindestlöhnen den Vorteil, dass der Streit um deren Höhe nicht politisch ausgetragen werden müsse. Christian Rauch machte darauf aufmerksam, dass Deutschland nicht nur die potenziellen Arbeitsmigranten, sondern auch deren Familien im Blick haben müsse. Und Ulrich Walwei betonte: „Wir müssen uns klipp und klar dazu bekennen, dass wir ein Einwanderungsland sind.“

Weitere Informationen und ein Video von der Veranstaltung finden Sie im Internet unter:

<http://www.iab.de/de/veranstaltungen/konferenzen-und-workshops-2011/zuwanderung.aspx>

Ausblick

Netzwerke und Arbeitsmarkt

Am 8. und 9. September 2011 findet in Nürnberg die Herbsttagung der Sektion „Soziologische Netzwerkforschung“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie zum Thema „Netzwerke und Arbeitsmarkt“ statt. So unumstritten die Frage ist, dass Netzwerke eine wichtige Rolle für Arbeitsmarktprozesse spielen, so wenig ist geklärt, wie sie wirken, und ob und wie stark Personen davon profitieren, wenn sie Netzwerke nutzen. Solche Fragen sind für eine ganze Reihe von sozialwissenschaftlichen Disziplinen und die Arbeitsmarktpolitik relevant. Die Tagung versucht den aktuellen Forschungsstand zu sichten und zu diskutieren sowie Forschungsbedarfe zu identifizieren. Die Veranstaltung wird vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und vom Lehrstuhl für Soziologie und Empirische

Sozialforschung, Schwerpunkt Arbeitsmarktsociologie, der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg organisiert.

Qualität der Arbeit im Wandel

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und das IAB laden für den 20. und 21. Oktober 2011 zu dem gemeinsamen Workshop „Qualität der Arbeit im Wandel“ nach Halle (Saale) ein. Auf dem deutschen Arbeitsmarkt zeichnet sich in jüngster Zeit ein Trend zu sinkenden Arbeitslosenzahlen ab. Dies wird oft als Beleg einer erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik gewertet. Der Fokus auf rein quantitative Aspekte vernachlässigt allerdings die Qualität von Beschäftigung. In den letzten Jahren ist zugleich die Rede von einem Wandel der Arbeitswelt. Erosion des Normalarbeitsverhältnisses, Prekarisierung, Flexibilisierung und Ausweitung der

Niedriglohnbeschäftigung sind Begriffe, mit denen man versucht, die Veränderungen in der Arbeitswelt umfassender zu beschreiben. (Erwerbs-)Arbeit und Beschäftigung werden in der Arbeitsmarktforschung nicht nur unter den Gesichtspunkten Einkommen, Beschäftigungssicherheit und Aufstiegsmöglichkeiten betrachtet. Zunehmend rücken auch Aspekte wie die Sinnhaftigkeit von Tätigkeiten, Work-Life-Balance und Arbeitszufriedenheit in den Mittelpunkt. (Erwerbs-)Arbeit gilt zudem als zentrale Bedingung für gesellschaftliche Inklusion und Integration. Ziel des Workshops ist es, einen Überblick über den aktuellen Stand der Arbeitsmarktforschung zur Qualität der Arbeit zu geben, den weiteren Forschungsbedarf zu erarbeiten und zu diskutieren.

Für weitere Informationen siehe:

www.iab.de/de/veranstaltungen.aspx